Zeitschrift: bulletin.ch / Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse

Band: 97 (2006)

Heft: 16

Rubrik: Notiert = Noté

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

notiert/note

Mandat de négociation pour un accord entre la Suisse et l'UE

(det) Le Conseil fédéral a approuvé le mandat de négociation destiné à conclure un accord bilatéral dans le domaine de l'électricité avec l'Union européenne. Cet accord doit permettre de convenir de principes et de règles communs pour les échanges transfrontaliers d'électricité. Il doit notamment garantir la sécurité de l'approvisionnement dans un marché européen de l'électricité en grande partie libéralisé. Les négociations devraient débuter cette année.

Verhandlungsmandat für Stromabkommen Schweiz-EU

(uv) Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für den Abschluss eines bilateralen Abkommens im Strombereich mit der

Europäischen Union verabschiedet. In diesem Abkommen sollen gemeinsame Grundsätze und Regeln für den grenzüberschreitenden Stromhandel vereinbart werden. Damit soll insbesondere auch die Versorgungssicherheit im weit gehend liberalisierten europäischen Strommarkt gewährleistet werden. Die Verhandlungen werden voraussichtlich noch dieses Jahr aufgenommen.

Der grenzüberschreitende Handel mit Elektrizität spielt für die Schweiz aus wirtschaftlichen und versorgungstechnischen Gründen eine wichtige Rolle. Die Schweiz importiert und exportiert Strom in der Grössenordnung des Landesverbrauchs. Diese wichtige Drehscheibenfunktion im internationalen Stromhandel soll mittel- und langfristig abgesichert werden. Im EU-Raum gilt seit 2004 der diskriminierungsfreie Netzzugang für Nicht-Haushaltskunden. Zudem hat die EU die Regeln für den grenzüberschreitenden Stromhandel harmonisiert, um die nationalen Märkte zusammenzuführen. Da-

Verpflichtung zu Stromabkommen?

(m/d) Die Schweiz profitiert gemäss EU-Energiekommissar Andris Piebalgs vom EU-Binnenmarkt. Daher sei sie auf Grundlage des EU-Rechts zu einem Strommarktabkommen verpflichtet. «Für immer können wir es nicht tolerieren, dass die Schweiz von ihrer Lage profitiert, ohne sich im Gegenzug auch zu öffnen», meinte Piebalgs in einem Interview des «Tages-Anzeigers». Die Verhandlungen sollen noch diesen Sommer starten. Diskutieren könne man über das Tempo und die Übergangsfristen. Die grosse Herausforderung

sieht Piebalgs darin, dieses Abkommen nachher der Öffentlichkeit zu erklären.

EU-Kommissar Piebalgs: «Für immer können wir es nicht tolerieren» (Bild EU).



mit das europäische Strommarktregulierungssystem reibungslos funktionieren kann, will die EU auch benachbarte Drittstaaten darin einbeziehen. Ein bilaterales Abkommen im Strombereich liegt demnach sowohl im Interesse der Schweiz als auch der EU.

Das Abkommen soll die Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch die Vereinbarung von Grundsätzen und Regeln im liberalisierten Umfeld bezwecken. Es soll den Stromtransit, den grenzüberschreitenden Marktzugang sowie den Handel mit Strom aus erneuerbaren Energien (Anerkennung der Zertifikate für grünen

Strom) umfassen. Zentrale Elemente für die Schweiz sind Bestimmungen für die Nutzung des Übertragungsnetzes. So sind insbesondere auch die Verfahren zur Handhabung von Engpässen sowie die Transitkostenentschädigung Teil der Verhandlungen, die voraussichtlich noch in diesem Jahr aufgenommen werden können.

Die Umsetzung des Abkommens in der Schweiz sollte auf Basis des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) erfolgen, welches sich zurzeit in der vorberatenden Kommission des Zweitrates befindet.

Weko-Verwaltungsgerichtsbeschwerde zu Swissgrid hindert Vollzug nicht

(wek) Die Wettbewerbskommission (Weko) erhob am 31. Mai Verwaltungsgerichtsbeschwerde gegen den Beschwerdeentscheid der Rekurskommission für Wettbewerbsfragen (Reko/Wef), welche das Zusammenschlussvorhaben Swissgrid ohne Auflagen zuliess. Es stand und steht den Zusammenschlussparteien jedoch frei, den Zusammenschluss unter Einhaltung der von der Weko verordneten Auflagen zu vollziehen, bis rechtskräftig über die Notwendigkeit der Auflagen sowie deren Umfang entschieden ist.



Bald Stromhandelsabkommen Schweiz-EU (Bild EU)?

Betriebsbewilligung des KKW Mühleberg bleibt befristet

(bfe) Das Kernkraftwerk Mühleberg erhält vorläufig keine unbefristete Betriebsbewilligung. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK hat ein Gesuch der BKW FMB Energie AG um Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung abgelehnt. Voraussetzung für den Betrieb des Kernkraftwerks über das Jahr 2012 hinaus ist ein atomrechtliches Bewilligungsverfahren nach dem neuen Kernenergiegesetz.

Das Kernkraftwerk Mühleberg ist das einzige Kernkraftwerk der Schweiz mit einer befristeten Betriebsbewilligung. Im Januar 2005, wenige Tage vor Inkrafttreten des neuen Kernenergiegesetzes, hatte die BKW FMB Energie AG beim Bundesrat ein Gesuch um Aufhebung dieser Befristung eingereicht. Infolge Nichtzuständigkeit überwies der Bundesrat das Gesuch zur weiteren Behandlung an das UVEK.

Vollständige Öffnung des Strommarktes erst in 10 von 25 EU-Mitgliedstaaten

(eustat) Im September 2005 haben zehn EU-Mitgliedstaaten – Dänemark, Deutschland, Spanien, Irland, die Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich – ihre Strommärkte vollständig für den Wettbewerb geöffnet. In der Mehrzahl der verbleibenden Länder waren die Märkte für gewerbliche Kunden geöffnet.

Insgesamt gab es im Jahr 2004 in der EU25 über 460 Stromerzeugungsunternehmen. In der Tschechischen Republik, Estland, Griechenland, Frankreich, Zypern, Lettland, Luxemburg, Malta und der Slowakei gab es jeweils nur ein grösseres Stromerzeugungsunternehmen mit einem Anteil an der gesamten Stromerzeugung des Landes von über 5%; in vier Ländern – Deutschland, Österreich, Polen

und Finnland – gab es fünf grössere Unternehmen, im Vereinigten Königreich hingegen sieben.

Was den Stromeinzelhandel betrifft, waren im Jahr 2004 in der EU25 über 2900 Einzelhandels-unternehmen eingetragen, davon alleine 940 in Deutschland. Vier dieser Unternehmen stellten mindestens 5% der in Deutschland gelieferten Gesamtstrommenge und können damit als grössere Unternehmen betrachtet werden. In Frankreich gab es insgesamt 166 Einzelhandelunternehmen, wobei nur ein Unternehmen als grösseres Unternehmen einzustufen wäre.

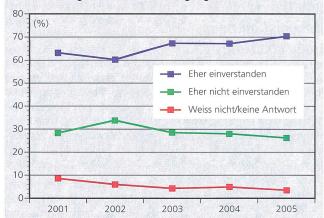
In der Tschechischen Republik, Spanien, Italien und Polen waren jeweils mehrere Hundert Einzelhändler eingetragen. Davon hatte in Italien nur ein Unternehmen einen Marktanteil von über 5%, in Spanien gab es drei grössere Unternehmen, in Polen fünf und in der Tschechischen Republik acht.

Erhöhter Stromverbrauch durch Fussball-WM

(m/sm) Für die Zeit der Fussball-weltmeisterschaft im Juni haben sich die Stromversorger auf einen erheblich höheren Stromverbrauch eingestellt. Hauptgrund waren die zahlreichen Zuschauer,

Zunehmender Trend für Kernkraftwerke

(d) Eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung betrachtet die bestehenden Kernkraftwerke als notwendig für die Stromversorgung. 70 Prozent der Befragten erachten die bestehenden Werke als notwendig für die Stromversorgung, wie aus der Umfrage hervorgeht, welche das Institut Demoscope im Auftrag von Swissnuclear durchführte. 26 Prozent der Befragten sehen die bestehenden Kernkraftwerke nicht als notwendig für die Stromversorgung.



Grafik (Quelle: Nuklearforum Schweiz) aus Umfrage: «Die bestehenden Kernkraftwerke sind für die Stromversorgung der Schweiz notwendig. Bitte sagen Sie mir, ob Sie mit dieser Aussage eher einverstanden oder eher nicht einverstanden sind.»

die die Spiele und Berichterstattungen an ihren Fernsehgeräten verfolgten. Dazu kamen noch der erhöhte Verbrauch durch längere Öffnungszeiten von Biergärten und Lokalen sowie Veranstaltungen mit Grossbildleinwänden.

Die Kraftwerke und Netze der Schweizer Stromversorger sind natürlich auf solche Verbrauchsspitzen im Bereich von zusätzlich etwas über 100 MW ausgelegt. Schliesslich belastet die so genannte «Weihnachtsspitze» die Netze noch erheblich stärker.

Anders in Uganda. Dort hat die Regierung die Bevölkerung gebeten, Strom zu sparen, um die Übertragung der WM-Spiele zu garantieren. Licht, Wasserkocher



Das Berliner Olympiastadion erhielt für die Spiele der Fussball-WM eine eigene Stromversorgung. Vier mit Diesel betriebene Stromaggregate (4 x 1100 kW) sorgen dafür, dass die Arena von den Katakomben bis zum Flutlicht mit Elektrizität versorgt wird (Bild Olympiastadion Berlin).

und Kühlschränke seien auszuschalten, das Essen vor Beginn der Spiele zuzubereiten. Auf gar keinen Fall sollten elektrische Teekocher während der Livesendungen benutzt werden.

Übrigens: die Fussballstadien selbst benötigen auch eine Menge Strom. Das Olympiastadion in Berlin benötigt bei einem Finalspiel bis zu 3700 Kilowatt.

Elektrizitätspolitik soll Prioritäten neu setzen

(sm) Swissmem-Präsident Johann N. Schneider-Ammann forderte an der Swissmem-Jahresversammlung die Schweizer Politiker auf, die anwendungsorientierte Forschung stärker zu fördern und in der Elektrizitätspolitik die Prioritäten neu zu setzen. Im Mission Statement «Swissmem – Ein starker Verband für einen starken Werk- und Denkplatz Schweiz» formuliert Swissmem zudem die Leitlinien für die Zukunft des Verbandes.

Als politische Themen mit Zukunftsdimension nannte der Swissmem-Präsident im Speziellen die Innovationsförderung und die Stromversorgung. Swissmem forderte für die Kommission für Technologie und Innovation, also für die anwendungsorientierte Forschung, konkret ein künftiges Jahresbudget von 150 Millionen Franken für die Periode 2008 bis 2011.

Swissmem ruft die Verantwortlichen in der Elektrizitätspolitik zudem auf, ihre Prioritäten neu zu setzen. Eine genügende inländische Stromversorgung sei ins Zentrum ihrer Bemühungen zu stellen und eine rasche Planung neuer thermischer Kraftwerke sei



Schneider-Ammann: «Kernkraft nicht blockieren.»

in Angriff zu nehmen. Letztere dürfe angesichts der ${\rm CO_2\text{-}Problematik}$ auch die Kernkraft nicht blockieren.

Neuer Verband für Strom-Endverteiler

(d/w) Fünf kantonale Organisationen haben am 13. Juni 2006 in Päffikon (SZ) einen neuen Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV) gegründet. Am DSV beteiligen sich der Bernische Elektrizitätsverband (BEV), der Elektrizitätswerkeverband St. Gallen-Appenzell (ESA), der Verband Aargauischer Stromkonsumenten (VAS), der Verband komunaler Elektrizitätsversorgungs-Unternehmen im Kanton Zürich und angrenzende Gebiete (VKE) wie auch der Verband Thurgauischer Elektrizitäsversorgungen (VTE). Der Betriebsleiterverband Ostschweizerischer Elektrizitätsversorgungsunternehmen der Gemeinden (BOG) hat sich aufgelöst, da er in den DSV integriert wird.

Andreas Massüger, Betriebsleiter der Gemeindewerke Zollikon, wurde zum Präsidenten und Peter Lehmann, Geschäftsführer der IB Wohlen, zum Vizepräsidenten gewählt. Die DSV-Geschäftsstelle ist bei den IB Wohlen.

Ziel der Verbandsgründung sei die Einbringung gemeinsamer Interessen der kleinen und mittleren Stromverteiler gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

EnergieSchweiz: kontinuierlicher Wirkungsausweis auf hohem Stand

EnergieSchweiz hat die Ergebnisse der Wirkungsanalyse für das Jahr 2005 präsentiert. Die energetischen Wirkungen der freiwilligen Massnahmen konnten vor allem dank der erneuerbaren Energien gegenüber dem Vorjahr aufrecht erhalten, die längerfristige Wirkung sogar gesteigert werden. Für die zweite Etappe steht die Verbesserung der Energieeffizienz im Vordergrund.

Immer mehr Engpässe im Netz

(egl) In den letzten Jahren kam es in Europa immer mehr zu grenzüberschreitenden Netzengpässen. Dies kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. So haben die grenzüberschreitenden Stromflüsse aufgrund der erhöhten Nachfrage und der Liberalisierung zugenommen. Zudem werden Projekte für den Ausbau und die Verstärkung des Netzes durch langwierige Bewilligungsverfahren und Einsprachen erschwert und verzögert. Das Management von Engpässen wird in Europa sehr unterschiedlich durchgeführt. Auch die Schweiz ist an ihrer Nordgrenze von Engpässen betroffen. Diese sollen durch Auktionsverfahren bei der Zuteilung der knappen Transportkapazitäten bewältigt werden. Die Grafik zeigt neuralgische und intermittierende Engpässe (orange Linien/Bild Etrans).

